

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Integrationsrat	04.12.2017

Handlungsbedarf zur Schaffung von Jugendeinrichtungen und Jugendtreffs 2017-2021

Beantwortung einer Anfrage aus dem Integrationsrat vom 11.09.2017 zu TOP 5.8

1. RM Herr Joisten fragt, welche der aufgeführten Einrichtungen in der aktuellen Haushaltsplanberatung berücksichtigt seien.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt zu, diese Informationen schriftlich nachzureichen.

2. RM Herr Erkelenz stellt fest, dass die seinerzeit geschlossenen Jugendeinrichtungen nicht in der Auflistung zu finden seien. Er möchte wissen, ob dieser Entscheidung eine Bedarfsanalyse zugrunde liegt, die besagt, dass in den Gebieten, in denen die geschlossenen Einrichtungen lagen, kein Bedarf mehr bestehe. Er benennt als Beispiele die Jugendeinrichtungen in Longerich oder auch Klettenberg.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu 1.

In der aktuellen Haushaltsplanberatung wurde der Bedarf für den neu entstehenden **Jugendtreff in Dellbrück** (Bedarfsanalyse 2011: Rangplatz 4) "DellChill" berücksichtigt:

Am 24.09.2015 informierte die Fachverwaltung den Jugendhilfeausschuss (Session-Nr. 2782/2015), dass beabsichtigt ist, die bestehende Möglichkeit einer langfristigen Anmietung von Räumen im GAG-Neubau Bergisch-Gladbacher- Str. 888 für einen Dellbrücker Jugendtreff zu nutzen.

Nach Baufertigstellung kann über eine Fläche von ca. 182 m² verfügt werden. Abhängig von der Fertigstellung rechnet die Fachverwaltung derzeit mit Start des Angebotes in den neuen Räumen zum 01.03.2018.

Im Rahmen eines Interessensbekundungsverfahrens wurden die im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit tätigen Träger im Februar 2017 über die Möglichkeit, sich für die Trägerschaft des Jugendtreffs zu bewerben, informiert.

Als einzige Interessentin hat sich die Katholische Jugendagentur gGmbH beworben.

Der Träger ist bereits seit geraumer Zeit erfolgreich vor Ort im Rahmen des Projektes „Mobiles Angebot Dellbrück-Holweide“ gemeinsam mit seinen Kooperationspartnern tätig.

Er bietet daher die Gewähr einer kontinuierlichen Fortsetzung der bisher geleisteten Arbeit."

Zu 2.

Im Rahmen der Mitteilung 3027/2011 Handlungsbedarf zur Schaffung von Kinder- und Jugendeinrichtungen aus dem Jahr 2011 wurde auf die Schließungen der Jugendeinrichtungen im vorangegange-

nen Planungszeitraum eingegangen.

Sie wurden mit Aktualisierung der Bedarfsanalyse 2017 und bei der Reflexion des vergangenen Planungszeitraums von 2011 bis 2017 nicht erneut aufgeführt.

Im Folgenden erfolgt eine kurze Übersicht zu den Planungsgrundlagen der letzten Jahre.

Insgesamt wurden in den letzten 16 Jahren 4 Planungsgrundlagen erstellt:

1. Beschluss des Jugendhilfeausschusses aus dem Jahr 2001

Im Dezember 2001 durch den Jugendhilfeausschuss ein Beschluss über die **Planung von Jugendeinrichtungen für die Folgejahre** getroffen. Zugrunde gelegt wurden die Stadtviertel, die in der damaligen Sozialraumanalyse die ersten 55 Rangplätze belegten, mit Ausnahme der Viertel, die bereits über ein Angebot verfügten oder für die schon ein Beschluss über eine Jugendeinrichtung vorlag oder deren Jugendeinwohnerzahl unter 500 lag.

2. Beschluss des Jugendhilfeausschusses aus dem Jahr 2003

Die Frage nach den geschlossenen Jugendeinrichtungen (u.a. Longerich und Klettenberg), lässt sich am besten mit Hinweis auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses aus dem Jahr 2003 beantworten. Dieser bezog sich auf die damalige **Haushaltskonsolidierung**. Im Rahmen dieser Konsolidierung mussten sowohl kommunale Mittel (750.000 €) als auch Landesmittel (ca. 204.000 €) in erheblicher Höhe eingespart werden. Da Einsparbeträge in dieser Höhe teilweise nur linear umzusetzen waren, mussten einige Jugendeinrichtungen geschlossen werden. Die Einsparungen wurden zudem über Reduzierungen von Geschäftsstellen und Stellenreduzierungen in einigen Einrichtungen erreicht. Grundlage für die Entscheidung über die Schließungen war in erster Linie die Erreichbarkeit anderer Einrichtungen.

Mit Blick auf die aktualisierte Bedarfsanalyse 2017 liegt von den Stadtteilen in denen seinerzeit Jugendeinrichtungen geschlossen wurden kein Stadtteil, bis auf Roggendorf/Thenhoven, unter den ersten 30 Rangplätzen. Auf die gestiegenen Bedarfe in Roggendorf/Thenhoven wurde im Rahmen der aktuellen Bedarfsanalyse 2017 entsprechend eingegangen.

Übersicht der Schließungen von Jugendeinrichtungen aus dem Jahr 2003:

Stadtteil	Ranking 2017	Schließungen Haushaltskonsolidierung 2003	Grund
611 Roggendorf/Thenh.	6	Jugendeinrichtung Fortuinweg	Die JE wurde in ein Jugendprojekt umgewandelt.
306 Junkersdorf	39	Jugendeinrichtung Birkenallee	Förderung eingestellt
505 Weidenpesch	40	Jugendeinrichtung Grünes Haus	Aufgabe durch den Träger
301 Klettenberg	64	OT Rhöndorfer Strasse	Aufgabe durch den Träger
607 Esch/Auweiler	72	OT Esch	Weiterführung als Jugendtreff mit geringerer Finanzierung
305 Müngersdorf	82	Jugendeinrichtung Stolberger Strasse	Förderung wurde wieder aufgenommen
102 Neustadt-Süd	83	OT Am Ring	Förderung eingestellt
		Scharifeh Center	Förderung eingestellt
506 Longerich	86	OT St. Bernhard	Förderung eingestellt

3. Beschluss des Jugendhilfeausschusses aus dem Jahr 2011

Grundlage für die Bedarfsanalyse in ihrer heutigen Form bildete der Beschluss des Jugendhilfeausschuss aus dem Jahr **2011**. Die Verwaltung wurde beauftragt den **Handlungsbedarf hinsichtlich der Schaffung von Kinder- und Jugendeinrichtungen** für das gesamte Stadtgebiet darzustellen und hinsichtlich der Dringlichkeit mit einem Ranking zu hinterlegen. Dabei sollen die früheren Bestandsaufnahmen sowie Prüfkriterien u. a. aus den Jahren 2001 (DS.Nr.: 2204/001) und 2003 in die Bewertung einbezogen werden. Die Träger der freien Jugendhilfe sind gemäß § 80 SGB VIII an der Planung zu beteiligen. Die Bedarfsanalyse sollte in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden.

4. Mitteilung Jugendhilfeausschuss 2017

Die aktualisierte Planung zu den **Handlungsbedarfen hinsichtlich der Schaffung von Kinder- und Jugendeinrichtungen** wurde unter Session Nummer 2177/2017 im September **2017** in die Gremien eingebracht.

Gez. Dr. Klein